

Laibacher Zeitung.

Nr. 129.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Anstellung ins Haus halbj. 60 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 6. Juni

Insertionsgebühren bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1868.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 20. Mai d. J. dem Großhändler Candido Jbone in Triest die Annahme des ihm verliehenen Postens eines Consuls der Republik Chile allergnädigst zu bewilligen und dem diesfälligen Bestallungsdiplome das Allerhöchste Exequatur zu ertheilen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Die Großmachstellung Oesterreichs.

Es ist in den jüngsten Tagen vielfach davon die Rede gewesen, ob Oesterreich nach dem Länderverluste der Jahre 1859 und 1866 noch als eine Großmacht Europas zu betrachten sei oder nicht, und es ist wichtig, auf diese Frage einmal zurückzukommen, weil dadurch die Bedeutung unseres Staates im europäischen Völkerconcerte berührt wird. Manche Politiker sind der Ansicht, daß nur jene Staaten als Großmächte zu betrachten wären, denen nebst der entsprechenden Macht auch ein offenes Meer zur Disposition stünde, und in diesem Sinne könnten wohl nur England und Frankreich das Recht auf eine solche Stellung beanspruchen, denn Schweden, Belgien, Portugal und Spanien fallen wegen ihrer sonstigen theils politischen, theils territorialen Unbedeutendheit aus der Reihe dieser Staaten hinaus; Preußen, das zwar am Jahdebusen und in neuester Zeit an Schleswig-Holstein die Nordsee gewann, hat noch eine zu unbedeutende Seemacht und Rußland besitzt einerseits bloß das weiße Meer, andererseits die Amurländer, die aber beide viele Monate des Jahres hindurch nicht befahrbar sind. Und dennoch wird es niemandem einfallen, die letzten beiden Mächte ihrer europäischen Großmachstellung zu entkleiden zu wollen. Die Eintheilung nach diesem Gesichtspunkte kann also nicht maßgebend sein. Aber auch die Binnenmeere und die Entwicklung der maritimen Kräfte auf denselben kann nicht maßgebend sein, sonst müßte Oesterreich, das doch nur 200 Meilen Küstenentwicklung am adriatischen Meere besitzt, dem an zwei Gewässern liegenden Königreiche Italien nachstehen, wenngleich der Seesieg bei Lissa die Ueberlegenheit der österr. Flotte über die italienische glänzend dargethan hat.

Aber auch die territoriale Machstellung kann in dieser Beziehung keinen Aufschluß geben, da beispielsweise Preußen auch in seiner früheren, ziemlich bescheidenen Existenz seit dem 7jährigen Kriege bereits als Großmacht gegolten hat. Es muß demnach der Schwerpunkt der Frage, ob ein Staat zu einer Großmachstellung berufen sei, ganz wo anders liegen, als in den territorialen oder maritimen Verhältnissen, und es kann demnach der Verlust oder Gewinn von Quadratmeilen gar nicht in die Beantwortung dieser Frage hineinbezogen werden.

Worin liegt also die Möglichkeit, einen europäischen Staat als Großmacht zu bezeichnen? Sie liegt offenbar in seiner moralischen Einflußnahme auf die politischen Verhältnisse in Europa, und in dieser Hinsicht steht Oesterreich trotz des Verlustes seiner italienischen Besitzungen noch immer hervorragend da und genießt, in den neuesten Zeiten mehr als jemals, bei allen Staaten des Continents ein Ansehen, welches ihm bei den brennenden Fragen eine entscheidende Stimme reservirt.

Betrachten wir die innere Entwicklung Oesterreichs seit den Decembertagen des vorigen Jahres, so können wir die erfreuliche Thatsache constatiren, daß die freisinnige Richtung, welche unsere Regierung einschlug, ihr bei allen liberal denkenden Parteien der verschiedenen Länder Europas ungeheuere Sympathien erwarb und daß die öffentliche Meinung, „diese sechste Großmacht“, wie sie mit Recht genannt wird, Hand in Hand geht mit unserem Staate. Blicken wir auf sämtliche Großmächte des Continents, so entwickelt sich kein Land freier als Oesterreich, kein Land kann sich rühmen, in ehrlicherer und großartigerer Weise „der Freiheit eine Gasse“ eröffnet zu haben, als Oesterreich. Geben wir auch zu, daß noch nicht alle inneren Fragen ihrer Erledigung zugeführt wurden, daß namentlich die finanziellen Angelegenheiten noch nicht geregelt sind, obgleich auch hier die Wege angebahnt wurden, um das Deficit verschwinden zu machen, so ist denn doch die

Stellung, die unser Vaterland heute einnimmt, eine grandiose zu nennen; der Dualismus, der durch den Ausgleich mit Ungarn hervorgerufen wurde, hat uns innerlich nicht schwächer, sondern viel stärker gemacht, und die föderalistischen Ansprüche, die sich hie und da noch zu erheben versuchen, müssen vor der gewaltigen inneren Kraft wie Nebel vor der Sonne in Nichts zerfließen.

Die weiße Neutralität, die Oesterreich in den äußeren Fragen bewahrt, seit das Ministerium Beust am Ruder ist, geht nicht aus einer absoluten Schwäche des Kaiserstaates hervor, wie unsere Feinde so gerne behaupten möchten, sondern aus der klug berechneten Vorsicht für die Consolidirung der inneren Verhältnisse. Die einzelnen europäischen Fragen, die ab und zu auftauchen und auf die Tagesordnung der europäischen Politik gesetzt werden, vor allen die schleswig-holsteinische und die orientalische Frage, zeigen so recht die Machstellung unseres Kaiserstaates in den möglichen Verwirrungen des Continents.

Wer kann es leugnen, daß Frankreich und Preußen kampfergötzt einander gegenüber stehen? Wer sieht nicht, daß Rußland mit den orientalischen Ländern kettirt und seine Blicke auf Constantinopel, dem alten Ziele seiner Wünsche in begehrtlicher Weise wirft?

Woher kommt es nun, daß trotz dieser bedrohlichen Verhältnisse der Weltfriede nicht gestört wird und daß keine dieser drei Mächte es wagt, in offener und feindseliger Weise aufzutreten?

Es liegt dies an der neutralen Haltung und der inneren liberalen Entwicklung Oesterreichs. Das altbekannte Wort: „Gäbe es kein Oesterreich, so müßte man Eines schaffen“ ist gerade in der jetzigen Zeit neuerdings zur Wahrheit geworden. Die Versuchungen, unseren Kaiserstaat einseitig zu engagiren, ihm die freie Hand zu rauben und ihn in die kriegerischen Gelüste der einzelnen Mächte hinein zu ziehen, wurden schon mehr als einmal gemacht. Oesterreich hat den Anlockungen siegreich widerstanden und durch seine streng neutrale Haltung bis jetzt einen europäischen Krieg vermieden. Nimmt aber einmal ein Staat eine solche Stellung ein, daß durch seine Haltung der Ausbruch eines Weltkrieges vermieden wird, so müssen wir doch, selbst ohne parteiisch zu sein, zugestehen, daß ein solcher Staat eine wahre Großmachstellung besitzt, und wir können demnach ruhig behaupten: „Oesterreich ist trotz all seiner territorialen Einbußen noch immer eine Großmacht.“

119. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 3. Juni.

(Schluß.)

Dr. Banhaus, Berichterstatter der Minorität, wünscht ebenfalls von der Vorlesung des Berichtes Umgang zu nehmen. Beim Regierungsantritte der jetzigen Regierung war von Enqueten die Rede, zur Prüfung des Staatshaushaltes, die niemals zu Stande kamen, so geschah es, daß die Finanzvorschläge plötzlich in das Haus gelangten.

Die erste Frage, die man sich vorlegte, war die, ob thatsächlich in den nächsten drei Jahren sich das Deficit nicht vergrößern werde. Hier war die Regierung noch am deutlichsten, und es läßt sich erwarten, daß es 50 Millionen nicht übersteigen wird. Der Berichterstatter der Majorität wies auf das Extra-Ordinarium des Militärbudgets hin, allein eine Herabminderung dieses Bedarfes wird immer mehr nothwendig.

Die Herabminderung der Salzpreise dürfte einen Ausfall in der Einnahme nicht zur Folge haben.

Die zweite Frage war die, ob Cisleithanien thatsächlich 12 Mill. mehr übernehmen soll, als es verpflichtet ist. Es fragte sich der Regierung gegenüber um die Prüfung der Ziffer; richtig gestellt übernehme Ungarn 15½ Mill. weniger, nicht aber 12 Mill., wie die Regierung annimmt. Hält also die Minorität auch das Princip der Regierung aufrecht, so unterscheidet sie sich von ihr in der Höhe der Ziffer, die läßt nur aus der Nothlage des Staates ihre Anschauung rechtfertigen.

Wird in dem Berichte der Majorität die größere Sicherheit der Staatsgläubiger hervorgehoben, so sei dies irrig, da eine Willkürlichkeit niemals Garantie der Sicherheit gewähren kann. Diese Willkür herrsche in dem Minoritäts-Gutachten nicht, das sich auf der Rechtsbasis bewegt, und ein zweiter Ausgleich mit Ungarn werde nicht stattfinden.

Auch bezüglich der Steuern unterscheidet sich die Majorität von der Minorität. Die Vermögenssteuer wurde allerdings einstimmig verworfen, allein eine neue Steuer wurde nicht eingebracht. Der Finanzminister genehmigte das Princip der Classensteuer, machte aber keine Vorlage, und darum sprach man es aus, daß der Rest des Deficits mit Steuern gedeckt werde. Der Umstand, daß es aber der Bevölkerung zur Beruhigung reichen muß, von den neuen Steuern Kenntniß zu nehmen, bestimmte die Minorität, praktische Vorschläge zu machen und sich nicht mit Aufforderungen zu begnügen. Bereits im Jahre 1863 seien Vorschläge zur Reform der directen Steuern gemacht, im Jahre 1864 habe man bereits Luxussteuern vorgeschlagen, die Möglichkeit, die Steuerreform in die Hand zu nehmen, sei also immerhin gegeben. Redner erklärt, ziffermäßige Beweise zu bringen.

In der Generaldebatte haben sich als Redner gegen die Majorität Pratobevera, Dürkheim, Pippman, Mende, Dinsl, Dr. Groß, Kaiser, Stamm, Hormuzaki, Klier, Ziemialkowski, Gschnitzer, Krzeczunovic, Kuranda, Tinti, Winterstein

für: Weißhoff, Korb, Rieger gemeldet.

Abg. Frhr. Pratobevera beginnt mit einer Rechtfertigung der Regierung gegen die Vorwürfe der Verschleppung und resumirt die schon zur Genüge bekannten Verhandlungen im Ausschusse. Redner spricht sich entschieden für den principiellen Ausgangspunkt der Regierung aus, der allein der gerechte ist, denn das Besteuerungsrecht des Staates ist unbestreitbar. Soll das reichgesegnete Oesterreich nach einer so glänzenden Ernte wirklich nicht im Stande sein, seinen Verpflichtungen nachzukommen, ohne die Interessen einseitig zu verlegen?

Das Steuersystem muß bei uns vollständig reformirt werden, namentlich die Einkommensteuer, die einer bedeutenden Verbesserung fähig ist. Was für den Einzelnen unehrenhaft ist, ist es um so mehr für den Staat, und das wäre der Bankerott, der tausende in ihren Rechten verlegt. Dabei müsse auch das politische Moment in Betracht gezogen werden. Wenn dieses Ministerium zurücktritt, wäre es unmöglich, ein homogenes oder freihetliches Ministerium zu bilden, es würde einfach das Haus aufgelöst werden. Im Interesse unserer Ehre und unserer Zukunft, schließt Redner, werde ich für die von der Regierung beantragte Besteuerung stimmen. (Bravo.)

Abg. Wichhoff (für) ist der Ansicht, daß der größte Theil der Bevölkerung mit den Anträgen der Majorität einverstanden ist. (Oho.) Die von der Regierung projectirte Vermögenssteuer konnte nicht angenommen werden. Ueberall, wo eine Vermögenssteuer einzuführen versucht wurde, hat dieselbe die größte Erbitterung hervorgerufen. Das Volk hat einen instinctiven Widerwillen gegen dieselbe, weil etwas Inquisitorisches, Polizeiliches in ihr liegt. Der Reiche wird zudem die ihm auferlegte Vermögenssteuer abwägen. Alle Petitionen, die hier eingelaufen sind, haben sich auch gegen die Vermögenssteuer ausgesprochen.

Der Herr Finanzminister hat das Deficit auf 150 Millionen berechnet. Wenn das hohe Haus auf die Anträge der Regierung eingeht, so stellt sich ein Bedarf von 40 Millionen heraus; werden dagegen die Anträge der Majorität angenommen, so ergibt sich ein Abgang von 8 Millionen.

Der Ausschuss hat sich einhellig dafür ausgesprochen, daß das ganze Deficit durch Steuern zu decken sei. Wie kann man nun diese ungeheure Last auf die Steuerträger legen? Die Majorität hält es für nothwendig, 25 Percent Abzug von dem Coupon zu beantragen, sie hält es für nothwendig, im Interesse der Staatsgläubiger selbst, damit sie nicht einmal an die Cassen herantreten und nur leere Cassen finden sollen. (Beifall.)

Es ist wahr, es werden viele Staatsgläubiger dadurch schwer getroffen, namentlich so viele Witwen und Waisen, die ihr Vermögen in Staatspapieren angelegt haben; wenn ein Amendement in dieser Richtung gestellt wird, erklärt Redner gewiß für selbes zu stimmen.

Man hat die Majorität Bankrottirer genannt. Hätte sie 30 Percent beantragt, so würden die 25 Percent nicht als Bankerott angesehen.

Westösterreich hat zu viel Lasten übernommen, es ist dazu in wirtschaftlicher Beziehung ganz im Schlepp-taue Ungarns und von demselben abhängig.

Dazu kommt das ungeheure Militär-Budget. Wo-zu brauchen wir die große Armee? Nicht für uns, sondern nur allein zum Schutze und zur Vertheidigung

der Interessen Ungarns. Wenn das Ministerium den Dank des Vaterlandes verdienen und die Wohlfahrt des Volkes befördern will, möge es hier Abhilfe schaffen. (Beifall.)

Abg. Graf Dürckheim. Die österr. Staatsschuld muß in zwei Theile getrennt werden: in die inländische und ausländische. Bezüglich beider ist der Staat durch Gesetze und Verträge gebunden. Die inländischen Gläubiger zu vertreten, ist die Volksvertretung berufen. Was die ausländische Staatsschuld betrifft, so werden die ausländischen Regierungen es gewiß nicht unterlassen können, die österreichische Regierung an die Erfüllung der eingegangenen Verträge zu mahnen. Die Anträge der Majorität wären allerdings geeignet, unsere ungeheuren Lasten zu erleichtern, wenn sie nicht ungerecht wären. Eine solche Ungerechtigkeit muß vermieden werden.

Redner behält sich vor, in der Special-Debatte Anträge zu stellen.

Abg. Korb-Weidenheim: Wir als Vertreter der Westhälfte haben die Verpflichtung, zur Zinsenzahlung und Amortisation nur so viel zu leisten, als wir eben können, d. h. so viel wir eben ohne Gefährdung der Einzelnen und der Entwicklungsfähigkeit der ganzen Volkswirtschaft leisten können. Auf die Bedeckungsanträge der Regierung übergehend, erklärt sich der Redner gegen den Verkauf der Staatsgüter, ebenso gegen die Vermögenssteuer. Letztere sei namentlich vom Grund und Boden geradezu unerschwinglich und in der Lage, in welcher sich noch unsere Volkswirtschaft befindet, durchaus nicht zu rechtfertigen. Es wird zu Gunsten der Vermögenssteuer angeführt, sie sei eine Kriegsteuer. Allein wenn sie wirklich nur die Folge der unglücklichen Ereignisse vom Jahre 1866 ist, warum wird sie dann nicht auch auf Ungarn ausgedehnt? Uebrigens ist sie praktisch gar nicht durchzuführen. Denn ist die Einhebung der Einkommensteuer in Oesterreich schwierig, so würde die Einhebung der Vermögenssteuer mit noch größeren Schwierigkeiten verbunden sein.

Nachdem wir die ganze, uns aufgebürdete Last nicht zu tragen im Stande sind, müssen die Staatsgläubiger herbeigezogen werden. In dem Besteuerungsrechte des Staates ist auch das Recht der Couponbesteuerung enthalten, und da kann auch nicht behauptet werden, daß bei einem gewissen Procente der Bankrott beginne.

Wenn das politische Moment hervorgehoben wird, so bemerke er, daß die einzige Politik, die jetzt zu befolgen ist, die der Hebung und Beförderung der Volkswirtschaft sein müsse. „Erkenntniß und Umkehr“ muß auch auf die Finanzlage angewendet werden. Diese Politik zu befolgen, sind eben die Männer, die jetzt im Rathe der Krone sich befinden, berufen.

Abg. Lippmann wendet sich gegen die zu hohe Couponsteuer. Es müßten doch die Wittwen und Waisen berücksichtigt werden, welche ihre Capitalien in Staatspapieren anzulegen gezwungen waren. In dem Principe erklärt sich Redner zwar mit einer Erhöhung der Couponsteuer einverstanden, weil sie ein Ausfluß des Besteuerungsrechtes sei und der Staat auch seine Gläubiger zu besteuern das Recht habe. Nur in einem solchen Sinne lasse sich die Couponsteuer rechtfertigen, keineswegs aber als Reduction. Einschneidend in dieser Beziehung sei auch das Vorgehen anderer Staaten. Auch England z. B. habe eine Couponsteuer auf Consols eingeführt.

In der Reduction dagegen liegt eine Rechtsverletzung, die sich nicht rechtfertigen läßt. Denn noch sind nicht alle Mittel erschöpft und noch nicht alle Mittel aufgesucht worden. Abgesehen von den moralischen Nachtheilen der Reduction seien auch die materiellen Nachtheile, die dadurch der Staatscredit erleiden könne, zu berücksichtigen.

Redner läßt sich in eine weitere Kritik des Gesetzes über die Unification ein und behält sich vor, in der Specialdebatte Amendements zu stellen.

Die Sitzung wird hierauf um 3 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung morgen. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.

120. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 4. Juni.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Dr. Berger und Dr. Prestel.

Die Sitzung wird um 10 Uhr 55 Min. von dem Präsidenten v. Kaiserfeld eröffnet.

Der Gegenstand der heutigen Tagesordnung ist die Fortsetzung der Generaldebatte in der Finanzfrage:

Es ergreift für die Majorität das Wort:

Abg. Dr. Ryger erinnert an den von ihm im Jahre 1863 gestellten Antrag auf Erhöhung der Couponsteuer, welcher damals abgelehnt wurde, durch die heutigen Verhältnisse aber vollkommen gerechtfertigt wird.

Auf die vorliegenden Berichte übergehend, meint Redner, daß principiell Majoritäts- und Minoritätsgutachten conform seien, der Unterschied bestehe nur in der Ziffer.

Der Staat ist berechtigt, von jedem Einkommen in seinem Territorium Steuern zu erheben, und dieses Steuer-

recht des Staates ist auch der Rechtstitel für die Einführung der Couponsteuer.

Es gibt verschiedene Erhebungsformen der Steuern; ist es nicht eine leichtere und zweckmäßigere Form der Einhebung, die Steuern vom Coupon abzuschreiben? Und dies bezweckt die Majorität, sie gibt nur das zweckmäßigere Mittel für die Steuerhebung an. Da kann keineswegs von Unrecht, von Bankrott gesprochen werden. Der Staat will seinen Verpflichtungen gerecht werden, aber es ist zugleich unser Recht und auch unsere Pflicht, die Steuern gleichmäßig zu vertheilen. (Bravo.) Bevor wir an die Erhöhung anderer Steuern gehen, müssen wir zuerst das bisher fast ganz unbesteuerete Gut besteuern. Führen Sie einen gleichen Maßstab ein, dann haben Sie weder den Steuerträger, noch den Staatsgläubiger überbürdet. (Bravo.)

Bei der Verwaltung sind bisher wenig oder beinahe gar keine Ersparungen eingeführt worden; im Gegentheil, die Verhältnisse brachten es mit sich, daß die Ausgaben für die Verwaltung erhöht werden mußten.

Allein es können noch große Reformen durchgeführt werden. Das Abgeordnetenhaus hätte solche aus seiner eigenen Initiative beantragen können, wenn die Regierung ihrer verfassungsmäßigen Pflicht nachgekommen wäre und die jährlichen Rechnungsabschlüsse vorgelegt hätte, aus welchen das Haus die nöthigen Erfahrungen hätte schöpfen können. Eine solche Vorlage ist nicht geschehen und das Haus war nicht in der Lage, aus seiner Initiative Anträge zu stellen.

Es ist auch von Ersparungen im Militär-Budget gesprochen worden; allein das Militär-Budget ist unserem Wirkungskreise vollständig entzogen. Es bleibt uns nichts übrig, als die Couponsteuer, und zwar in der Art, daß wir nur so viel als Zahlung einstellen, als wir eben zahlen können.

Die Einnahmen des Staates bestehen zum größten Theile aus den directen und indirecten Steuern.

Das österreichische Steuersystem hat den Fehler der allzulangen Stetigkeit, daselbe ist seit seiner Aufstellung durch die Thatfachen, durch die Erhöhung der Preise bereits überholt worden. Redner hebt sodann namentlich die Mängel des Katasters hervor. Hier könne allerdings durch eine durchgreifende Reform auch eine Vermehrung der Einnahmen herbeigeführt werden. Auf welcher schlechter Grundlage die indirecten Steuern beruhen, beweisen die vielen Defraudationen, die zum Schaden des Staates oft von ganzen Bezirken vorgenommen werden. Werden die indirecten Steuern, wie ferner das Gefälle einer entsprechenden Reform unterzogen, dann ließe sich allerdings eine weitere Vermehrung der Einnahmen erzielen. Aber das alles läßt nicht entbehren die Reform der Einkommensteuer und vor allem die Couponsteuer. Die Staatsgläubiger müssen herbeigezogen werden, und zwar so lange das Ausmaß der Couponsteuer nicht so hoch ist, als die Grund-, Haus-, Erwerbsteuer u. s. w., so lange kann ohne Ungerechtigkeit an eine Erhöhung dieser Steuern nicht gegangen werden. Vor einigen Jahren konnten 20 Percent genügen, unter den jetzigen Verhältnissen ist selbst das Ausmaß der Majorität nicht die Grenze des Möglichen. Wenn man auf die Wittwen und Weisen hinweise, so ist das unberechtigte Sensationsmacherei. Seit 1848 sind die Papiere kaum jemals in höherem Course gestanden, als eben jetzt. Fragen Sie aber auch den Arbeiter, der im Schweiße sein Brod erarbeitet, um wie viel er durch die Verzehrungssteuer an seinem Einkommen verliert? Die Couponsteuer ist nichts als billig gegenüber den übrigen Steuern. Wird die Unification nach dem Antrage der Majorität vorgenommen und die Couponsteuer eingeführt, dann wird es sogar möglich sein, einen kleinen Ueberschuß zu gewinnen, dann wird es möglich sein, andere etwas zu hohe Steuern herabzumindern.

Die Finanzlage Oesterreichs muß ein festes Programm haben, nur dann kann die Ordnung geschaffen werden. Ob alle diese Maßregeln noch in diesem Jahre durchgeführt werden sollen, ist eine andere Frage. Am zweckmäßigsten wäre, wenn ein permanenter Ausschuß des Hauses im Einverständnisse mit der Regierung die nöthigen Verathungen pflegen würde.

Abg. Mende: Zur Zeit, als der Herr Vorredner den Antrag auf Einführung einer 20percent. Couponsteuer stellte, war die finanzielle Lage Oesterreichs besser, die politische Lage aber schlechter. Es war unmöglich, unter den damaligen politischen Verhältnissen solche Opfer vom Volke zu verlangen, man hoffte allseitig noch immer durch entsprechende Steuer-Reformen das Deficit decken zu können. Das Deficit ist seit jener Zeit immer größer geworden, und die finanzielle Lage hat sich seither bedeutend verschlimmert. Unsere politische Lage hat sich dagegen gebessert. Heute haben wir eine wirkliche Verfassung, heute stehen wir an der Spitze der constitutionellen Staaten. Unter solchen Umständen können wir daher vom Volke Opfer verlangen, es wird sie bringen. Es ist die Frage, wie das Deficit gedeckt werden soll. Die Regierung hat Vorlagen eingebracht, welche finanziell, logisch und politisch begründet sind und ein einheitliches Ganzes bilden. Sie suchen alle gleichmäßig zu treffen. Ein weiterer Vorzug derselben besteht darin, daß sie bei der Unification den Zwang ausgeschlossen.

Die Regierung hat auch die Couponsteuer aufge-

nommen. Da regnet es von Protesten; ich glaube jedoch, daß sich die Regierung auf richtigem Wege befindet. Die Majorität des Finanzausschusses muthet der Vertretung zu, sie möge gegen die Intentionen der Regierung eine Zinsenreduction beschließen. Eine Zinsenreduction ist eine Rechtsverletzung, für welche ich nicht stimmen könnte. Einen solchen Schritt darf das constitutionelle Oesterreich nicht thun, dieses Parlament muß zeigen, wie ein wahrer Constitutionalismus selbst die zerrütteten Verhältnisse eines Staates aufzurichten im Stande ist. Fassen wir einen derartigen Beschluß, dann haben wir den Constitutionalismus in den Sarg gelegt, und unseren Gegnern den Weg geebnet.

Aus diesem principiellen Standpunkte können wir die Anträge der Majorität nicht annehmen:

Ich will nun meinen Standpunkt zur Couponsteuer näher bezeichnen. Auch ich anerkenne, daß der Gedanke für die Nothwendigkeit der Couponsteuererhöhung allerdings durch den Ausgleich mit Ungarn entstanden ist, aber bestreiten muß ich, daß durch den Ausgleich ein Recht entstanden sei, das Verhältniß mit den Gläubigern einseitig zu ändern. Es kann aus dem Uebereinkommen mit Ungarn das Recht zur Zinsenreduction nicht abgeleitet werden; wir haben nur das Recht der Besteuerung. Man sagt, beide Formen der Couponsteuer seien eigentlich dasselbe, beide bleiben eine Rechtsverletzung. Allein zwischen beiden besteht denn doch ein wesentlicher Unterschied. Die Couponsteuer als Steuer wird nicht bleibend eingeführt, wir können hoffen, daß, sobald sich unsere finanziellen Verhältnisse bessern, auch die Steuer herabgemindert werden wird. Diese Hoffnung wird uns durch die Reduction genommen. Man könne heute auf diese Quelle nicht verzichten. Nur das Bewußtsein, daß der Staat in dieser Maßregel nur sein Steuerrecht ausübe, läßt uns über alle Bedenken hinwegsetzen. Dieses Princip und nicht die Ziffer ist die Hauptsache. Das Steuerrecht des Staates muß gewahrt werden. Mit Rücksicht darauf werde ich in erster Linie für die Anträge der Regierung, eventuell für die Ziffer der Minorität stimmen, zugleich aber erkläre ich, in eine percentuelle Erhöhung der bestehenden directen Steuern werde ich mich nun und nimmermehr einlassen. Ich weise darauf hin, was in dieser Beziehung der Herr Finanzminister ausgeführt hat, nämlich, daß die directen Steuern durchaus ungleichmäßig und ungerecht sind und daß jede percentuelle Erhöhung der directen Steuern nichts als ein percentual gesteigertes Unrecht sein würde.

Was die von der Regierung beantragte Vermögenssteuer betrifft, so bin ich in dieser Beziehung mit der Majorität einverstanden. Die Vermögenssteuer kann in der vorgeschlagenen Form nicht angenommen werden. Aber ich verkenne nicht das Streben der Regierung, auf diese Art die weniger bemittelten Classen zu schonen. Es kommt nur darauf an, gewisse Modalitäten zu ändern, unter welchen die Verationen weniger fühlbar sein würden. Jedenfalls ist die Annahme der Vermögenssteuer noch immer ein besseres und zweckmäßigeres Mittel, als eine percentuale Erhöhung der directen Steuern. Ich halte, wie ich mich bereits im Jahre 1862 erklärt habe, eine progressive Einkommensteuer für das einzige Mittel und diese Steuer wäre zu empfehlen, wenn den Staatsbedürfnissen dauernd geholfen werden soll. Im wesentlichen könnte ich mich mit den vom Finanzminister P. len er seinerzeit eingebrachten Vorlagen über eine derartige Steuer einverstanden erklären, wenn einige Abänderungen vorgenommen werden, namentlich was die Einhebung betrifft. Die Vortheile dieser Einkommensteuer sind allgemein anerkannt. Der Umstand, daß sie stets verbessert werden kann, läßt in ihr das Ideal einer gerechten Besteuerung erblicken.

Redner erklärt schließlich für die Regierungsanträge, eventuell für die Anträge der Minorität zu stimmen.

Baron Beust. Als Vertreter einer bedeutenden Handelskammer wird man es dem Redner gestatten, einige Worte zu sprechen, er müsse diesbezüglich sagen, daß die Anträge der Majorität die Interessen des Handels und Verkehrs schädigen.

Als Minister des Aeußern bespricht Redner das Verhältniß zum Auslande namentlich betreffs der Negocirung der Anlehen, die noch immer nothwendig und durch solche Maßregeln erschwert würden.

Auf den Ausgleich mit Ungarn übergehend, trennt Redner das Wie und Ob. Auf das Wie gibt Redner einen andern Abschluß nicht zu; auf das Ob übergehend, sagt Redner, man befinde sich im Reiche der Hypothesen, müsse sich jedoch überzeugt halten, daß der Ausgleich nicht zum Unglücke Oesterreichs abgeschlossen wurde. (Die vollständige Rede tragen wir nach.)

Nachdem noch Dr. Dinstl und Dr. Groß gesprochen, wird die Sitzung um 3 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung: Morgen.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.

Reise des Prinzen Napoleon.

Augsburg, 3. Juni, Nachts. Heute Nachmittags um halb 7 Uhr ist Prinz Napoleon mit dem Courierzuge von Stuttgart hier eingetroffen. Nach einem Aufenthalte von 20 Minuten, während welcher der Prinz die „Allgemeine Zeitung“ las, wurde die Reise nach München fortgesetzt. Das Aussehen des Prinzen ist bestens.

München, 3. Juni, Nachts. Prinz Napoleon ist um 8 Uhr 10 Minuten Abends hier angekommen und von dem französischen Gesandten auf dem Bahnhofe erwartet worden. Der Prinz lehnte den officiellen Empfang ab und nahm sein Absteigquartier im Hotel zu den vier Jahreszeiten.

Österreich.

Wien, 4. Juni. (Die Vertagung des Reichsrathes und die Eröffnung der Landtage.) Von der Absicht, die Landtage unmittelbar nach Schluß der Reichsraths-Session zusammenzuberufen, soll, wie Abgeordnete versichern, die Regierung abgekommen sein. Es wird vielmehr versichert, daß, falls das Herrenhaus über die Finanzvorlagen Ende dieses Monats schlußig sein und dann die Vertagung des Abgeordnetenhauses eintreten sollte, der Juli und voraussichtlich auch die erste Augusthälfte den Parlamentsmitgliedern zur Ruhe gegönnt sein werden und die Eröffnung der Landtage gegen den 15. August erfolgen würde.

Prag, 2. Juni. (Ein interessantes Ge-
ständniß. — Das Meeting am Bösfigberg.)
Der Freudenrausch über die große nationale That der
Grundsteinlegung steckt den czechischen Fanatikern noch
in allen Gliedern. Im Rausch löst sich die Zunge und
man erfährt durch die eigenen Partei-Organen, was die
Czechenführer sonst unter der heuchlerischen Maske der
Loyalität zu verbergen suchen. Heute erklärt der Pokrot,
daß, wenn die Czechen sich vorläufig in den Schranken
der gesetzlichen Ordnung halten und sich auf den pas-
siven Widerstand beschränken, dies der russischen Regie-
rung zuliebe geschehe, „welche vor allem anderen den
Geist der Gesetzmäßigkeit bei unseren Bestrebungen lobend
anerkenne.“ Was aber diese Musterbürger unter gesetzli-
cher Ordnung verstehen, wird noch ausführlich dahin
erläutert, daß sie nicht mit Unthätigkeit, „Mangel
an Wagniß im entscheidenden Augenblicke“
zu verwechseln sei. „Es können,“ so heißt es in
dem Geständniß einer edlen Czechenseele weiter, „bei
dem gegenwärtigen schwankenden Zustande
des kranken Europa Augenblicke kommen, wo
wir rasch und entschieden werden handeln
müssen — möge es nur im Geiste der Eintracht geschehen!“
Eine That, welche die ganze Nation be-
schließt, kann nicht zum Nachtheile der
ganzen Nation sein! Brachte Palachy (bei der
Johannisfeier) einen Toast auf den „gesetzlichen Fort-
schritt,“ so rief Ryger bei derselben Feier unseren Fein-
den zu, daß wir für die Rechte der St. Wenzelskrone
auch zu kämpfen und, wenn nothwendig, auch zu ster-
ben verstehen.“ Das sind in der That schätzenswerthe
Enthüllungen, welche werth sind, in Erinnerung behal-
ten zu werden. — Das Bezirksamt in Dauba hat die

Abhaltung des Meetings a Bösigerge nicht be-
willigt. Die Anzeige des Meetings lautete: „Löbliches
k. k. Bezirksamt! Mit Berufung auf das Gesetz vom
15. November 1867, welches gewährt, uns zu versam-
meln, sowie auch durch Petitionen und Adressen unsere
politischen und nationalen Meinungen kundzugeben, er-
statte die Gefertigten einem löblichen k. k. Bezirksamte
die Anzeige, daß sie sich bestimmt gefunden haben, am
7. Juni 1868 um 2 Uhr Nachmittags eine Volksver-
sammlung unter freiem Himmel am Fuße des Berges
Bösigerge abzuhalten, bei welchem Meeting über nachstehende
Fragen verhandelt und beschlossen wird: 1. Ueber das
Verhältniß beider Nationalitäten in Böhmen, und auf
welche Weise eine gegenseitige Verständigung anzubahnen
wäre. 2. Ueber den Veruf und die Stellung des Kö-
nigreiches Böhmen in Europa. 3. Welche materiellen
Vorthelle in politischer, nationaler und wirtschaftlicher
Beziehung würde eine autonome Stellung des Kö-
nigreiches Böhmen seinen Bewohnern beider Nationalitäten
gewähren. Ein löbliches k. k. Bezirksamt wird geziemend
ersucht, auf Grund des § 3 des obcitirten Gesetzes seine
Bewilligung zu dieser Volksversammlung gefälligst er-
theilen zu wollen. Verhandelt wird in beiden Landes-
sprachen. Am 29. Mai 1868. Franz Mittenhuber
m. p., Bürgermeister der Stadt Weißwasser, Karl Cer-
venka m. p., Bürgermeister der Stadt Mseno. — Daniel
Gröger m. p., Gemeindevorsteher in Niedergruppai.“
Der ablehnende Bescheid war in folgende Worte gefaßt:
„An die Herren Franz Mittenhuber, Bürgermeister in
Weißwasser, Karl Cervenka, Bürgermeister in Mseno,
Daniel Gröger, Gemeindevorsteher in Niedergruppai,
zu Händen des Herrn Mittenhuber, Bürgermeister
in Weißwasser. Dem Ansuchen um Bewilligung zur Ab-
haltung einer Volksversammlung am 7. Juni 1868
um 2 Uhr Nachmittags am Fuße des Berges Bösigerge
kann nicht willfahrt werden, weil das diesfällige Pro-
gramm nicht allein ganz vage ist, sondern auch gera-
dezu der Verfassung widerstreitet. Hievon werden die
oben genannten Herren in Erledigung der Eingabe vom
29. Mai 1868 in die Kenntniß gesetzt und es ist der
mitfolgende, von Herrn Mittenhuber gefertigte Empfangs-
schein schleunigst anher zu senden. K. k. Bezirksamt in
Dauba, am 30. Mai 1868. Wohlrah m. p.“

Rusland.

Frankfurt, 3. Juni. (Die Haltung des Bey von Tunis.) Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht eine Privatdepesche aus Paris, welche meldet, daß der Bey von Tunis trotz der Uebereinstimmung der Mächte auf seinem Widerstande beharre. Die Abfahrt eines französischen Geschwaders zur Einschüchterung des Bey sei wahrscheinlich.

Cagliari, 3. Juni. (Der Bey von Tunis) hat das Uebereinkommen mit Frankreich unterzeichnet. Der Minister der auswärtigen Angelegenheit hat in

eigener Person den Vertrag auf das französische Con-
sulat gebracht.

Tagesneuigkeiten.

— (Gräßlicher Hagelwetter in Olmütz.) Am Pfingstsonntag hat ein Hagelwetter der gräßlichsten Art die Stadt Olmütz und Umgebung heimgesucht und einen Schaden angerichtet, der manche Bewohner der Umgegend zu Bettlern gemacht hat, schreibt die „Neue Zeit.“ Nach 2 Uhr Nachmittags entlud sich unter gräßlichem Getöse und furchterlichem Sturm ein Hagelwetter, welches wohl mit dem Namen „Eisregen“ nicht richtig genug bezeichnet sein dürfte. So nicht wie Schneeflöden bei dem bestigsten Schneegestöber flogen die Hagelkörner, aber es waren nicht mehr Hagelkörner, sondern Eiskügel, von denen die meisten die Größe eines Hühnereies hatten, viele sogar die Größe einer Knabenfaust erreichten. Es war eine unheimliche halbe Stunde — so lange wüthete das verheerende Gewitter. Klirrend brachen die Fensterscheiben zu tausenden, von den Häusern fielen die Dachziegel und jedes Getöse, selbst das Rollen des Donners, wurde übertönt vom Eisregen, der schmetternd auf die Häuser und das Pflaster niederfiel. Man kann sich von der Größe der Eisklumpen und dem Gewicht derselben einen Begriff machen, wenn wir bemerken, daß an einigen Gaslaternen die Stahlbrenner zertrümmert und die gußeisernen Laternensäulen gebrochen wurden. In den Dachrinnen wurden faustgroße Stücke durchgeschlagen, viele Fensterscheiben wurden durchlöcher, ohne zu zerspringen. Eine halbe Stunde fast wüthete, wie bereits erwähnt, das Unwetter, während das Wasser in den Röhrrinnen Geisern gleich fast zwei Klöster hoch aufspritzte; gräßlich war die Wirkung desselben. An 80.000 Fensterscheiben wurden nach der Berechnung von Sachverständigen zertrümmert und der Schaden mag sich annäherungsweise in der Stadt auf 25.000 fl. belaufen. Ungleich größer ist der Schaden, welcher in der Umgebung angerichtet wurde. Im Umkreise der Dörfer Hreptschtein, Hatzschin, Laßla und Cernowier ist jede Feldfrucht zerstampft, so daß man auf manchem Felde nicht unterscheiden kann, was darauf gebaut war. Weniger getroffen sind von dem Unglück Kloster-Gradiß, Neugasse, Chomotau, Horlau, Stefanau &c.; übrigens ist auch hier der Schaden nicht unbedeutend. Auf den Weiden in Hreptschtein und Hatzschin wurden hunderte von Gänsen theils erschlagen, theils verletzt; einer Kuh wurde ein Auge ausgeschlagen, viele Vögel und viel Wild wurde getödtet, viele Dächer sind fast ganz abgedeckt.

Locales.

— (Concurre.) Eine Rathessecretärstelle mit dem Gehalte von 945 fl. eventuell 840 fl. und eine Hilfsamtersdirectionsadjunctenstelle mit dem Gehalte von 735 fl. eventuell 630 fl. sind beim Landesgerichte in Graz zu besetzen, Gesuche binnen 14 Tagen beim Präsidium daselbst einzureichen.

feuilleton.

„Die Umgebung dieser Stadt ist reizend, und wohin man auch den Fuß setzt, überall treten Einem neue Ueberraschungen entgegen. Die Natur scheint hier viel frischer als bei uns, die Blätter sind hier grüner, das Wasser heller und klarer. Manchmal stört ein ferner Gesang die Ruhe der Natur. Er rührt von einem Landmanne her, der ein Nationallied oder eine Liebeshymne in jenem süßen, melodischen Rhythmus singt, wie er nur den slavischen Chansons eigen ist.“

So schrieb ein vielgeristerer Franzose, und es ist ganz natürlich, wenn wir fragen, auf welchen reizenden Erdwinkel sich wohl seine enthusiastische Schilderung beziehen mag? Glücklicherweise ist der Feuilletonist in der Lage, die Neugierde seiner Freunde zu befriedigen. Die Stadt, in deren Umgebung die Blätter so grün, die Wasser so hell und klar sind, wo alles Ruhe und Frieden athmet und höchstens ein zartes Liebeslied oder eine Nationalhymne die idyllische Stille unterbricht, ist oder vielmehr war — Laibach. Zwar streuen die Rosen noch immer verschwenderisch ihre Düfte aus, die Blütensträucher der Arazie erfüllen die Rüste mit ihrem feinen Arom, die Blätter glänzen im frischen Grün, und die Wasser sprudeln hell und klar aus dem Schoße unserer Berge. Es ist alles wie es war — in der Natur, in der alles harmonisch, alles vollkommen ist, — wo der Mensch nicht hinkommt mit seiner Qual. Lachen dir, Vergnügungsreisender, einmal die duftumwobenen Spitzen der Steiner Alpen recht verlockend entgegen und du fühlst gleich Faust den Drang, in Vergesthau dich gesund zu baden, sieh dich dann wohl um, daß deine Waisfahrt nicht als „Demonstration“ angesehen und du vor einigen Bauernlümmlern, mit verständlicher Hinweisung auf Baumpfähle, Straßensteine und ähnliche argumenta ad hominem, um dein politisches Glaubensbekenntniß gefragt wirst, oder auch um deine Nationalität, wenn du nicht zufällig eine Surka, oder eine jener Hutgattungen trägst, in deren Schatten nationale Denkmalsart am besten gedeiht. Denn nur die Großen im nationalen Lager dürfen ohne Gefahr, in ihrer Gefinnungstüchtigkeit verdächtig zu werden, mit Dispens ihrer Obern weiße Cravatten und breitrandrige Hüte ablegen

und ihre diplomatisch-klugen Schwankungen durch Adop-
tierung der verpönten Cylinder bezeichnen. Doch, das
Feld der menschlichen Narrheiten ist ja unerschöpflich,
mitunter sind dieselben ganz merkwürdiger Art, wie jene
Geisteskrankheit, welche uns ein in diesem Fach sehr
bewandelter französischer Arzt, Dr. Briere de Boismont
in den *Annales d'hygiène publique* 1867 beschreibt,
welche ein Erzeugniß unserer neuesten Geschichts- und
Staatenverhältnisse zu sein scheint und welche er die
streitsüchtige Narrheit („Folie raisonnante“) nennt.

„Solche Leute täuschen den Beobachter, der nur gewöhnt ist, diejenigen für einen Narren zu halten, welcher die Herrschaft in Verstand und Willen über sich selbst verloren hat, denn sie sprechen und schreiben, ja sie handeln sogar durch gewisse Zeit anscheinend vernünftig, was dann auch selbst Gerichtspersonen als nicht zu lösendes Räthsel erscheint. Die Krankheit ist das Ergebnis einer eigenthümlichen physiologischen Organisation (natürlichen Bildung). Es ist Widerspruch zwischen Wort und That vorhanden. Solche Leute werden, wenn die Geistesstörung unzweifelhaft hervortritt, irrthümlich dann als die Opfer der Willkür anderer oder ihrer Behandlung erklärt, denn sie beklagen sich den Behörden und anderen gegenüber beständig über schlechte Behandlung, daß man sie in ihren Rechten verläßt, sie unterdrückt, verkennt und verfolgt. -- Eine charakteristische Erscheinung bei ihnen besteht darin, daß sie in aller Gefügigkeit ihr Betragen und ihre Gefühle durch geschickte Erklärungen und Auslegungen zu rechtfertigen suchen, die geeignet erscheinen, das Publikum für sich zu gewinnen. Ihre Bestrebungen gehen dahin, ihre in der Aufregung vollführten Handlungen zu beschönigen; in ihrem Wahne, von allen Seiten verfolgt zu sein, zeigen sie das Bestreben zu verleumden und beweisen dabei viel List, Falschheit, Undankbarkeit u. s. w. Findet man bei weiterem Nachforschen ja eine kleine Veranlassung zu diesen Wahnvorstellungen, so suchen sie auf ihre Weise alles zu erklären, indem sie sich dabei immer in einem Athem über Verleumdung, schlechte Behandlung beklagen, aber dabei diejenigen gefährden, die sie für ihre Feinde halten. Für ihr Thun und Lassen haben sie bei anscheinend gesundem Urtheil und bei großer Redegefügigkeit immer eine Ent-

schuldigung bei der Hand, vollführen aber dabei bizarre (ungereimte) und selbst schädliche Handlungen, geben allen leidenschaftlichen Antrieben nach und verfallen beim geringsten Widerstande in eine Wuth, während der sie zu den furchtbarsten Thaten fähig sind; sie reizen andere zur Unfolgsamkeit, zum Widerstande, bekräftigen alles, was geschieht, streuen mit voller Hand Verleumdungen und Zwietracht aus, und behelligen mit ihren Klagen ihre Vorgesetzten und Leiter. Auf der That er-
tappt, leugnen sie hartnäckig und beschönigen mit selte-
ner Schlantheit, was sie gethan.

"Solche Geisteskranke, die anfangs mit ansehnlichem Bewußtsein des Rechtes und Unrechtes und mit der Kraft, eine Handlung ihrem Werthe nach zu würdigen, ohne jene äußerlichen Erscheinungen, woran auch der Laie den Narren zu beurtheilen versteht — sich, wie vorangehend gesagt ist, benehmen, alle Behörden mit ihren Reclamationen (Anforderungen) plagen und, wenn gerichtlich befragt, eine große Mäßigung an den Tag legen, gehören zu den gefährlichsten Narren, weil sie ihre Absichten verheimlichen."

Noch verlassen wir das unheimliche Gebiet menschlicher Verrirungen und, statt die Steiner Alpen zu bewundern, machen wir einen Spaziergang durch die Stadt, der Dank der Freundlichkeit des Herrn Magistratsvorstandes und der Schel'schen Wetterprofezeiungen durch keinen großstädtischen Staub mehr getrübt wird, und wir haben auf unserem Hauptplatz Gelegenheit, das Fortschreiten unserer Handelswelt in großstädtischem Luxus der Etablissements zu bewundern. Die allgemeine Aufmerksamkeit erregt soeben das Modewarenetablissement des Herrn Leskovic, welches hinter seinen prächtigen und kostbaren Spiegelscheiben alle Erzeugnisse das Luxus auf dem ausgehehnten Gebiete der Mode in der, unserer Damenwelt ohnehin bekannten Auswahl und Vollkommenheit aufweist.

Der Feuilletonist konnte nur einen flüchtigen Blick auf diese Herrlichkeiten werfen, er kann nur seine freundlichen Leserinnen einladen, sich dieselben zu ansehen und wünschen, daß das Streben des tüchtigen jungen Geschäftsmannes durchgreifenden Erfolg bei der schönen und sich gerne verschönernden Damenwelt Laibachs aufzuweisen haben möge.

— (Eisenbahn Laibach-Villach.) Wie wir vernennen, hat der vollkreditliche Ausschuss des Abgeordnetenhauses sich für die Gewährung der Zinsgarantie für diese projectirte Eisenbahn, und zwar für ein Anlage-Capital von 1,200.000 fl. per Meile ausgesprochen. In der Regierungsvorlage wurde das zu garantirende Anlage-Capital analog mit den Baukosten für die österreichische Nordwestbahn mit 980.000 fl. angenommen. Ein Ausschussmitglied, Abgeordneter Schlegel, hatte die Garantie-Bewilligung für ein Anlage-Capital von 1,260.000 fl. bevormortet. Zur näheren Information über diese zukunftsreiche Bahnlinie verweisen wir auf die Beilage.

— (Theaternachricht.) Noch trennt uns zwar ein nicht unbeträchtlicher Zwischenraum von der Theateraison, allein es dürfte doch manchen interessieren, über die Gestaltung des Personales etwas Näheres zu erfahren. Es wurden bereits definitiv engagirt: Die Herren Müller, Capellmeister, und Ander, unser geschätzter Tenor; Die Damen: Frä. Fließner als Primadonna, Frä. Pischon, vom Salzburger Stadttheater als Altistin und Frä. Olga v. Stefani als erste Liebhaberin.

— (Wolkenbruch.) Am 2. d. M. Nachmittags 1 Uhr hat ein in der Steuergemeinde Straza, Ortsgemeinde Prečna, niedergegangenes wolkenbruchartiges Gewitter durch Abschwellung den Weingärten zu Strazlagora einen derart bedeutenden Schaden zugefügt, daß mehrere Jahre keine Fehung zu erhoffen ist. Der heftige Wasserandrang hat nicht nur das Erdreich mit dem Weinstocke sammt Weingartensiden aus den Gärten weit über die in der Ebene gelegenen Acker getrieben und dieselben auch zum Theile vernichtet, sondern auch ganze Steinmassen mit sich gerissen. Mehrere Weinkeller und Stallungen, in welche der Wasser-schwall gedrungen, wurden ebenfalls beschädigt.

— (Einweihung der neuen Turnhalle in Bränn.) Wie aus einem gestern an den Turnath des „Laibacher Turnvereins“ gelangten Schreiben des Festcomit'es der am 28. Juni in Bränn stattfindenden Einweihung der nun vollendeten Turnhalle zu ersehen, hat auch die k. k. priv. Südbahn-Gesellschaft eine Ermäßigung des Fahrpreises (50%) für die das Fest Besuchenden eintreten lassen und zwar vom 25. Juni bis 2. Juli. Da hierdurch auch den Turnern in Krain und dem Küstenlande die Hand zum Besuche des Festes geboten ist, so wäre es zu wünschen, wenn man seitens der Vereine dasselbe zu beschiden suchte, indem wahrscheinlich auch die Einführung des Turnens in Oesterreich als obligator Gegenstand erörtert werden dürfte.

Aus dem Gemeinderathe.

In der gestrigen Sitzung wurde von dem neuconstituirten Gemeinderathe zur Wahl des Vicebürgermeisters und der Sectionen geschritten.

Es wurde zum Vicebürgermeister Herr Hof- und Gerichtsadvocat Dr. Joseph Suppan gewählt. In die Sectionen wurden gewählt: 1) Magistrat: Dr. Drel, Dr. Suppan, Vincenz Seunig, Stedry, Verbouz; 2) Rechts- und Personalsection: Dr. Supantschitsch, Dr. v. Kaltengger, Dr. Pfeifferer, Dr. Achatitsch, Dr. Roman; 3) Stadt. Haushalt: Dr. Schöppel, Terpin, Dreo, Deschmann, Dr. Suppan, B. C. Suppan, Horat; 4) Bau-section: Malitsch, Bürger, Stedry, Samassa, Lafnig, Bauer, Verbouz; 5) Armenwesen: Seunig, Mabir, Terpin, Palitsch, Dr. Achatitsch; 6) Localpolizei: Dr. Recher, Marinschek, Dr. Supantschitsch, Dr. Bleiweis, Schwentner; 7) Schul-section: Deschmann, Dr. von Kaltengger, Samassa, Dr. Roman, Dr. Drel.

Eingefendet.

Beurtheilung des Korneuburger Viehpulvers von Dr. Gustav Swoboda, em. Prof. der Thierheilkunde an der k. k. Universität zu Innsbruck.

Der Gefertigte unterzieht den innern Werth desselben einer angemessenen Beurtheilung, die auf genauer Kenntniss der zusammengefügten Bestandtheile desselben, wie seiner öfteren Anwendung in Krankheiten verschiedener Hausihiere beruht.

Seine erprobte Wirksamkeit stellt sich heraus bei allen Leiden des Nahrungsschlauches, — welche sich durch seine Unthätigkeit und fehlerhafte Absonderung der Verdauungssäfte charakterisiren; namentlich auch bei Krankheiten der Schleimhäute und vorzugsweise jenen der Luftwerkzeuge.

Mit gutem Gewissen und voller Ueberzeugung

gung kann dieses Mittel bei den nachfolgend aufgezählten Uebeln allenthalben anempfohlen werden, insbesondere aber jenen Viehzüchtern, die von ärztlicher Hilfe entfernte Punkte bewohnen, und wo so manches Thier, plötzlich erkrankend, schneller Hilfe bedarf.

In Krankheiten des Hornviehes ist seine Wirksamkeit vortreflich bei krankhaft veränderter Milchabsonderung, in Folge von Verdauungs-Störung durch Abgabe von wenig und schlechter Milch, deren Qualität überraschend durch seine Anwendung verbessert wird; ferner im Beginne des Blutmelkens, bei der Leber- und der Gelekrankheit.

Bei Erkrankungen des Pferdes ist seine Nützlichkeit außer allem Zweifel beim Stengel, bei der Kehle, bei gntartiger und bedenklicher Drüse, beim fliegenden Wurm.

Beim Schafe übt es wohlthätigen Einfluss zur Hebung der Leberegel, der Fäule, ebenso bei allen Leiden des Unterleibsystems, wo Unthätigkeit zu Grunde liegt.

Außerdem ist seine Heilkraft bei den genannten drei Thiergattungen bewährt in allen Krankheiten der Schleimhäute, welche zu Schleimflüssen führen, insbesondere insofern sie die Luftröhren treffen, also beim Lungenkatarrh etc.; dann in allen Formen des Gastrismus und der hieraus häufig entstehenden Blähosik oder dem Windbauche.

Dr. Gustav Swoboda, em. Professor der Thierheilkunde an der k. k. Universität in Innsbruck.

Bezüglich der Bezugsquellen verweisen wir auf die Annonce im heutigen Blatte.

Buchdrucker-Fortbildungsverein.

Einladung

zur außerordentlichen Generalversammlung heute Abend 8 Uhr im Vereinslocale: Herrngasse, Bongrat'sches Haus.

Tagesordnung:

1. Anträge des Ausschusses, die Lehrlinge betreffend.
 2. Antrag des Ausschusses auf Gründung einer allgemeinen Kranken- und Invaliden-Unterstützungscasse, dann einer Witwenkasse.
 3. Anschluß an den zu gründenden allgemeinen österr. Buchdruckerverband.
 4. Statutenabänderung (§ 7 und 8).
 5. Ausschuswahl.
- Laibach, 6. Juni 1868.

Der Ausschuss.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 5. Juni. Abgeordnetenhaus: Präsident beantragt schließlich die Wiederaufnahme der Sitzung für den Abend, um die Generaldebatte zu beenden. Prinz Napoleon trifft heute Abend aus München hier ein.

Wien, 6. Juni. Abgeordnetenhaus. Gestrige Abend-sitzung. Nachdem Reichbauer als Generalredner für die Majorität, Banhaus für die Minorität gesprochen und Tinti den Vermittlungsantrag, die Aufforderung des Reichsministeriums zu Ersparungen in gemeinsamen Angelegenheiten enthaltend, eingebracht, wird die Sitzung auf heute vertagt.

Wien, 5. Juni. Das „N. Fröbl.“ schreibt: Der k. k. Generalconsul Freiherr v. Eder in Bukarest hat, wie wir hören, die ihm bereits früher zugesagte Genugthuung in einer verbindlichen Zuschrift der rumänischen Regierung nunmehr erhalten.

Berlin, 4. Juni. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Graf Bismarck leidet in Folge der Anstrengungen seines Berufes an einer so starken Abspannung der Nervenkräfte, daß eine längere Muße in stiller Zurückgezogenheit dringend nothwendig wurde.

Bern, 4. Juni. (Br. Ztg.) Der Bundesrath de-mittirt officiell in der heutigen Nummer des „Bund“ die Nachrichten in- und ausländischer Zeitungen über eine Polen-Bewegung aus der Schweiz nach Galizien und bezieht dieselben als Tendenzgerüchte.

Paris, 4. Juni. Graf Stadelberg wird wahrscheinlich Sonntag sein Beglaubigungsschreiben überreichen. — Die „France“ meldet: Der Geschäftsträger Luxemburgs, Staatsrath Jonas, wird Freitag vom Marquis de Moustier empfangen werden. — Die

„Patrie“ schreibt: Das leichte Unwohlsein des Kaisers hatte keine weiteren Folgen. Der Kaiser arbeitete heute Morgens mit mehreren Ministern. — Ein Circular-schreiben des Kriegsministers Niel ermächtigt die Corps-commandanten, allen Soldaten, welche aus Gewohnheit schlechte Aufführung zeigen oder dem Trunke ergeben sind, auf unbestimmte Zeit das Säbeltragen zu untersagen.

Telegraphische Wechselcourse.

vom 5. Juni.

5perc. Metalliques 56.40. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 57.50. — 5perc. National-Anlehen 62.30. — 1860er Staatsanlehen 81.30. — Bankactien 703. — Creditactien 184.60. — London 116.55. — Silber 114.50. — R. t. Ducaten 5.56.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Nationalbank. Der Ausweis über den Stand der Nationalbank am 31. Mai d. J. zeigt gegen den Vormonat eine bedeutende Abnahme der Geschäftsthätigkeit, indem sich der Es-compte (56,521.222 fl.) um 13,419.057 fl., der Lombard (23 Mill. 297.800 fl.) um 1,029.600 fl. verminderte. Dem entsprechend nahm der Banknotenumlauf (232,289.710 fl.) um 9,100.710 fl. ab, während der Borrath an Staatsnoten (7,826.347 fl.) sich gleichzeitig um 4,920.270 fl. erhöhte. Die Hypothekendarlehen (68,364.154 fl.) nahmen um 143.729 fl. zu, die Pfandbriefe im Umlaufe (59,627.485 fl.) um 308.800 fl. Der Metallschatz (111,820.811 fl.) verminderte sich um 482 fl.; die in Metall zahlbaren Wechsel (37,860.457 fl.) erhöhten sich um 64.224 fl.

Verstorbene.

Den 28. Mai. Andreas Bobit, Deutsch-Ordens-Pflicht-nier, alt 78 Jahre, in der Grabischavorstadt Nr. 44, an Altersschwäche.

Den 29. Mai. Franz Glussek, Weichhändler, alt 40 Jahre, in der Stadt Nr. 35, an der Lungenentzündung.

Den 30. Mai. Dem Herrn Ignaz Eisner, k. k. Tabak-magazins-Controllor, sein Kind Maria, alt 5 Wochen, in der Polavavorstadt Nr. 29, an der Gehirn-lähmung. — Dem Anton Maru, Zimmermann und Hausbesitzer, sein Kind Maria, alt 3 Monate, in der Grabischavorstadt Nr. 25, an Atrophie. — Dem Mathias Sterjan, Tagelöhner, sein Kind Maria, alt 4 Monate, in der Grabischavorstadt Nr. 28, an Fraisen. — Dem Valentin Jager, Heizer, seine Gattin Maria, alt 33 Jahre, in der St. Petersvorstadt Nr. 132, an Typhus exantematicus. — Dem Herrn Jakob Gitt, Kleiderverläufer, seine Gattin Katharina, alt 58 Jahre, in der Stadt Nr. 16, an der Lungenentzündung.

Den 1. Juni. Herr Lorenz Hasel, Maschinführer, alt 39 Jahre, in der Kapuzinervorstadt Nr. 85, an der Auszehrung. — Gertraud Uhač, Inwohnerin, alt 63 Jahre, in der St. Petersvorstadt Nr. 59, an der Entkräftung. — Anton Rolli, Spenglergeselle von Mergozzo in Italien, alt 32 Jahre, im Civilspital an der Darmwind-sucht.

Den 2. Juni. Maria Pisek, Inwohnerin, alt 52 Jahre, im Civilspital, an Erschöpfung der Kräfte. — Der Frau Josef-fine Dem, k. k. Beamtenwitwe, ihre Tochter Fräulein Josef-fine, alt 30 Jahre, in der Stadt Nr. 221, am Fehrfieber. — Lukas Blas, Tagelöhner, alt 51 Jahre, im Civilspital an der Lungen-tuberculose.

Den 3. Juni. Johann Kolar, Tagelöhner, alt 56 Jahre, im Civilspital an Typhus. — Dem Herrn Andreas Satra-schel, Hausbesitzer, sein Enkel Oskar Sakraischel, alt 4 Jahre, in der Grabischavorstadt Nr. 38, an der häutigen Bräune.

Den 4. Juni. Herr Johann Sepp, Mählschneidhändler von Eichtesheim in Baden, alt 34 Jahre, in der Krallavorstadt Nr. 76, an Lungenblut-surge.

Anmerkung. Im Monate Mai 1868 sind 64 Personen gestorben, unter diesen waren 28 männlichen und 36 weiblichen Geschlechtes.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Zeit	Barometerstand in Pariser Höhen auf 0° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Niederschlag	Witterung
6 U. Mg.	325.65	+12.7	windstill	größth. bew.	8.59
2 „ N.	326.25	+16.4	windstill	Gewitterreg.	Regen
10 „ Ab.	326.34	+13.6	windstill	gelod. bew.	
6 U. Mg.	326.86	+13.6	windstill	dichter Nebel	2.60
2 „ N.	327.08	+17.3	windstill	f. ganz bew.	Regen
10 „ Ab.	327.62	+14.3	windstill	ganz bew.	

Am 4. Schwüler Vorm. Um 11½ Uhr Gewitter aus S. von kurzer Dauer mit starken Güssen. Gegen 2 Uhr Wlitz und Donner aus S. mit Regen. Später lockere Wolkendecke, langsam ziehend. — Den 5. tagüber Regenschauern. Ruhige Luft. Langsamer Wolkenzug. Das Tagesmittel der Wärme am 4. um 0-1°, am 5. um 0-9° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleimayr.

Hiezu eine Beilage.

Börsenbericht. Wien, 4. Juni Das Geschäft war auch an der heutigen Börse beschränkt und die Papiere erfuhren der Mehrzahl nach Ermäßigungen. Devisen und Valuten schlossen unverändert. Geld flüssig.

Öeffentliche Schuld.		B. der Kronländer (für 100 fl.)		Gr.-Entst.=Oblig.		Geld Waare		Geld Waare		
A. des Staates (für 100 fl.)										
	Geld Waare									
In ö. W. zu 5 pCt. für 100 fl.	53.70	53.20	Niederösterreich	zu 5%	86.—	86.25	Süd.-St., L.-ven. u. z. i. E. 200 fl.	175.—	175.20	
In österr. Währung steuerfrei	57.75	57.85	Oberösterreich	" 5 "	87.50	88.—	Gal. Karl-Lud.-B. 200 fl. E.M.	196.50	196.75	
% Steueranlehen in öst. W.	92.75	93.—	Salzburg	" 5 "	87.—	88.—	Böhm. Westbahn zu 200 fl.	146.50	147.—	
Silber-Anlehen von 1864	68.50	69.—	Böhmen	" 5 "	91.—	91.50	Defi.Don.-Dampfsch.=Ges.	506.—	508.—	
Silberanl. 1865 (Fres.) rückzahlb.			Mähren	" 5 "	88.75	89.75	Oesterreich. Lloyd in Triest	232.—	234.—	
in 37 S. zu 5 pCt. für 100 fl.	75.—	76.—	Schlesien	" 5 "	88.50	89.50	Wien. Dampfsch.=Actg.	355.—	365.—	
Nat.=Anl. mit Jän.=Comp. zu 5%	62.70	62.80	Steiermark	" 5 "	88.—	88.50	Bester Kettenbrücke	395.—	400.—	
" " Apr.=Comp. " 5 "	62.50	62.60	Ungarn	" 5 "	75.—	76.—	Anglo-Anstria-Bank zu 200 fl.	132.50	133.—	
Metalliques " 5 "	56.40	56.50	Temeser-Banat	" 5 "	73.25	73.75	Lemberg Czernowitzer Actien	175.50	175.50	
detto mit Mai=Comp. " 5 "	57.70	57.85	Croatien und Slavonien	" 5 "	74.50	75.—	Pfandbriefe (für 100 fl.)			
detto " 4 "	50.75	51.25	Galizien	" 5 "	65.—	65.50	National- bank auf E. M.	} verlosbar zu 5%	96.60	96.80
Mit Verlosf. v. J. 1839	156.50	157.—	Siebenbürgen	" 5 "	69.50	70.—				
" " " 1854	76.50	76.75	Bukovina	" 5 "	65.—	65.50				
" " " 1860 zu 500 fl.	81.40	81.50	Ung. m. d. B.-E. 1867	" 5 "	72.25	72.75	Nationalb. auf ö. B. verlosb. 5 "	92.—	92.25	
" " " 1860 " 100 "	90.25	90.50	Tem. B. m. d. B.-E. 1867	" 5 "	72.—	72.25	Ung. Bod.=Cred.=Anst. zu 5 1/2 "	92.25	92.75	
" " " 1864 " 100 "	84.10	84.20	Actien (pr. Stüd.)				Allg. öst. Boden-Credit-Anstalt			
" " " 1864 " 100 "	21.—	21.50	Nationalbank		703.—	705.—	verlosbar zu 5% in Silber			
Como-Rentensch. zu 42 L. ausl.			K. Ferd.-Nordb. zu 1000 fl. ö. W.		1780.—	1785.—	Lose (pr. Stüd.)			
Domainen 5perc in Silber	105.75	106.—	Kredit-Anstalt zu 200 fl. ö. W.		183.90	184.—	Cred.-A. f. S. u. G. 3. 100 fl. ö. W.	132.—	132.50	
			N. d. Escom.=Ges. zu 500 fl. ö. W.		665.—	607.—	Don.-Dampfsch.=G. 3. 100 fl. E.M.	93.—	94.—	
			S.-E.-G. zu 200 fl. E.M. o. 500 fr.		253.10	253.20	Stadtgem. Ofen " 40 " ö. W.	27.—	27.50	
			Kais. Elif. Bahn zu 200 fl. E.M.		147.—	147.25	Esterhazy zu 40 fl. E.M.	155.—	—	
			Süd.-nordb. Ver.=B. 200 "		143.—	143.25	Salm " 40 " "	35.—	35.50	
							Krainische Grundentlastungs=Obligationen, Preis			
							datumotirung: 86 1/2 Geld, 87 1/2 Waare.			